

Politische Bildung

Autor(en): **Moser, Heinz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **81 (1994)**

Heft 1: **Zukunft der Lehrerinnen- und Lehrerbildung in der Schweiz**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-525803>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Stichwort

Politische Bildung

Auf Seite 1 berichtet die heutige Zeitung (13.12.1993) über einen ungewöhnlichen Sessionsschluss im Bundeshaus: 200 Schülerinnen und Schüler aus der Stadt Zürich bitten National- und Ständeräte um Hilfe. Sie berichten, wie sie täglich von Drogendealern auf dem Schulweg und im Quartier Haschisch, Kokain und Heroin angeboten bekommen. Ist das nicht ein Lehrstück für Politik- und Lebenskunde: Kinder und Jugendliche wehren sich – unterstützt durch ihre Lehrer – für ein Anliegen, das ihnen unter den Nägeln brennt?

Erfreulich: die Politiker nehmen die Kinder und Jugendlichen auch zur Kenntnis. Nationalratspräsidentin Gret Haller versichert, dass ihre Anliegen und Ängste im Bundeshaus ernst genommen würden. Ständeratspräsident Jagmetti doppelt nach und erklärt: Man müsse aufklären und informieren, dem Handel mit Repression begegnen, die bereits Drogensüchtigen therapieren und die Drogenkranken betreuen, damit sie die Anwesenden nicht belästigen. Doch bei den Schülerinnen und Schülern schwingt gemäss dem Zürcher Tages-Anzeiger noch Skepsis mit. So heisst es weiter: «Was hat er gesagt, dieser Mann», fragt ein Schüler. «Mit Repressionen? Weiss er nicht, dass uns Dealer auslachen, wenn wir mit der Polizei drohen.»

Dieser Satz über die Dealer will mir nicht aus dem Kopf, als ich auf Seite 7 derselben Zeitungsausgabe angelangt bin. Hier geht es allerdings nicht um die Anliegen von Jugendlichen, sondern um das Bankgesetz. Auf Antrag von Charles Poncet und sekundiert von Christoph Blocher beschliesst der Nationalrat, die Amtshilfe der Schweiz gegenüber ausländischen Strafbehörden einzuschränken. Proteste von einzelnen Parlamentariern fruchten wenig, die hervorheben, dass das Parlament damit das

Waschen von Drogengeldern erleichtere. Schliesslich geht es um die bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union, die nach dem EWR-Nein jetzt bevorstehen. Und da braucht es keine «Linke und Nette», sondern «Schlaue und Gerissene». So sei das Parlament – gemäss Zeitungsbericht – nicht grundsätzlich gegen die Amtshilfe, aber solche Zugeständnisse sollten erst bei den Verhandlungen gemacht werden. Man will sich damit also auf durchsichtige Art und Weise einen Trumpf verschaffen.

Ich überlege mir, wie das bei den Schülerinnen und Schülern aus Zürich wohl ankommt: Da redet man von hartem Vorgehen gegen die Dealer und erleichtert im gleichen Atemzug – aus «taktischen» Gründen – die schmutzigen Geschäfte des organisierten Verbrechens. Wie glaubwürdig ist da ein Christoph Blocher noch, der sich mit seiner SVP im Kanton Zürich als Verfechter einer konsequent repressiven Drogenpolitik profilieren möchte?

Das Lehrstück für politisches Handeln, das die engagierten Zürcher Jugendlichen vordemonstrierten, muss einem spätestens an diesem Punkt im Hals stecken bleiben. Hat sich daraus nicht wieder einmal das Gegenteil entwickelt: ein Demonstrationsbeispiel für jenes Vorurteil, das behauptet, Politik sei prinzipiell eine anrühige Sache?